



BRANCHENVERBAND
CANNABISWIRTSCHAFT E.V.

Wahlprüfsteine zu den Landtagswahlen Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz 2026

ELEMENTE

Materialien zur Cannabiswirtschaft

Band 54

Inhalt

1. Tabellarische Übersicht - Baden-Württemberg	3
2. Fragen und Antworten - Baden-Württemberg	4
1. Forschungsförderung	4
2. Weitere Förderungen	5
3. Medizinalcannabis: Regulierung vereinheitlichen	6
4. Rechtssicherheit Cannabinoide (z.B. CBD)	7
5. Modellprojekte für Genusscannabis	8
6. Modellprojekte für Genusscannabis in Ihrem Bundesland	9
7. Keine Strafverfolgungspriorität für Rauschklausel	10
8. Geplante Initiativen	11
Antwort CDU	12
3. Tabellarische Übersicht - Rheinland-Pfalz	13
4. Fragen und Antworten - Rheinland-Pfalz	14
1. Forschungsförderung	14
2. Weitere Förderungen	15
3. Medizinalcannabis: Regulierung vereinheitlichen	16
4. Rechtssicherheit Cannabinoide (z.B. CBD)	17
5. Modellprojekte für Genusscannabis	18
6. Modellprojekte für Genusscannabis in Ihrem Bundesland	19
7. Keine Strafverfolgungspriorität für Rauschklausel	20
8. Geplante Initiativen	21
5. Auszüge aus den Wahlprogrammen	22

Redaktionelle Anmerkungen:

Die Fragen (sog. "Wahlprüfsteine") wurden im Februar 2026 durch den BvCW an die Parteien gestellt.

Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker aus der Bundespolitik haben teilweise weitergehende Forderungen als ihre Partei erhoben (z.B. auf Nachfrage des BvCW oder in öffentlichen Veranstaltungen). Diese haben wir in unserem Newsletter und teils auch auf unserer Internetseite dokumentiert, aber nicht in die Auswertung der hier vorliegenden Antworten der Parteien eingearbeitet.

Impressum:

ELEMENTE - Materialien zur Cannabiswirtschaft
Schriftenreihe des Branchenverband Cannabiswirtschaft e.V.
(BvCW)

Herausgeber: BvCW e.V., Luisenstr. 54, 10117 Berlin

Verantwortlich: Michael Greif

Band: 54 Wahlprüfsteine zu den Landtagswahlen in Baden-
Württemberg und Rheinland-Pfalz 2026 - Branchenverband
Cannabiswirtschaft e.V.

Redaktionsschluss: 03.03.2026



1. Tabellarische Übersicht - Baden-Württemberg



1.	Forschungsförderung				
2.	Weitere Förderungen				
3.	Medizinalcannabis: Regulierung vereinheitlichen				
4.	Rechtssicherheit Cannabinoide (z.B. CBD)				
5.	Modellprojekte für Genusscannabis				
6.	Modellprojekte für Genusscannabis in Ihrem Bundesland				
7.	Keine Strafverfolgungspriorität für Rauschklausel				
8.	Geplante Initiativen				

- Entspricht weitgehend oder voll den Forderungen des BvCW
- Entspricht überwiegend den Forderungen des BvCW
- Entspricht zum Teil den Forderungen des BvCW
- Entspricht überwiegend nicht den Forderungen des BvCW
- Entspricht nicht den Forderungen des BvCW

2. Fragen und Antworten - Baden-Württemberg

1. Forschungsförderung

Inwieweit werden Sie sich für die Forschungsförderung zu den Potenzialen von Hanf (Medizinalcannabis, Industriehanf [Faserbundstoff, Textilien, Baustoff, Lebensmittel etc.], Cannabinoide, Genussmittel, Green Deal) einsetzen?



"Als Grüne sehen wir die Erforschung der Potenziale von Hanf klar positiv. Hanf hat aufgrund seiner einzigartigen Faserstruktur in verschiedenen Branchen großes Potenzial als nachhaltiger Ersatz für umweltschädlichere Produktionsmittel. Auch im medizinischen Bereich kann Cannabis eingesetzt werden, um unsere Behandlungsmöglichkeiten zu erweitern. Die Forschung sollte dabei durch den Hersteller erfolgen, gerne in Kooperation mit Unikliniken.

Gleichzeitig erfordert eine moderne und progressive Drogenpolitik eine kontinuierliche evidenzbasierte Weiterentwicklung, um eine gute Balance zwischen gesundheitlichen Risiken und Entkriminalisierung zu gewährleisten.

Baden-Württemberg ist bereits sehr aktiv, was die Forschungsförderung angeht. So wurde z.B. an der Uni Hohenheim das Netzwerk CANNABIS-NET ins Leben gerufen. Ziel von CANNABIS-NET ist, die Grundlagen für die Erzeugung von Cannabis in Deutschland zu schaffen.

Ebenfalls unterstützte das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (MLR) Projekte wie "TASTINO" mit über 800.000 bis 1 Mio. Euro über das Bioökonomie Innovations- und Investitionsprogramm für den Ländlichen Raum (BIPL BW). Ziel ist die Entwicklung von Hanfprodukten wie veganem Schnitzel, Tofu oder Pasta aus regionalem Anbau ebenfalls an der Universität Hohenheim in Stuttgart. Das wollen wir fortführen.

Grundsätzlich gilt jedoch gemäß Grundgesetz: Für Forschungsförderung ist in erster Linie der Bund zuständig."



"Sowohl auf der Ebene der EU und des Bundes als auch auf der Ebene des Landes gibt es Förderpöfe für Forschungsvorhaben. Sofern die jeweiligen Bedingungen erfüllt werden, werden wir eine Bewerbung unterstützen."



"Die FDP Baden-Württemberg steht für Wissenschaftsfreiheit, Technologieoffenheit und evidenzbasierte Politik. Forschung zu den Potenzialen von Hanf – etwa im medizinischen Bereich, bei Cannabinoiden oder als industrieller Rohstoff – soll grundsätzlich frei und ohne ideologische Vorfestlegungen möglich sein. Wir unterstützen entsprechende Forschung dort, wo sie wissenschaftlich fundiert, anwendungsorientiert und wirtschaftlich wie gesellschaftlich relevant ist. Dafür setzen wir auf offene, wettbewerbliche Förderprogramme statt auf Sonderförderungen und auf verlässliche, unbürokratische Rahmenbedingungen, die Forschung und Innovation ermöglichen."



"Wir sehen ein enormes Potenzial in der vielfältigen Nutzung von Hanf und setzen uns für die Förderung von Wissenschaft und Forschung in diesem Bereich ein. Dies gilt insbesondere für die Nutzung von Nutzhanf als nachhaltigen Rohstoff. Im Rahmen der Förderung von neuen Produktanwendungen unterstützen wir Forschung, die auch stoffliche Nutzungsoptionen erschließt."

2. Weitere Förderungen

Für welche weiteren Förderungen zu den Potentialen von Hanf werden Sie sich einsetzen? z. B. Anbauprämien für Nutzhanf, Projekte zum Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten, Zuschüsse für Ernte- und Verarbeitungsmaschinen für regionale Maschinenringe oder Förderung der langfristigen CO₂-Speicherung durch Bau- und Dämmmaterialien.



"Weitere Förderungen zur Nutzung der Potenziale von Hanf befürworten wir klar und würden den Anbau von Nutzhanf gerne radikal vereinfachen. Besonders wichtig ist uns der gezielte Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten – von Anbau über Verarbeitung bis zur Weitervermarktung. Dazu gehören für uns unter anderem regionale Anbauprämien sowie Zuschüsse für Ernte- und Verarbeitungsmaschinen."

Hanf hat als nachhaltiger Rohstoff in der Textil- und Bauindustrie großes Potenzial, die ökologische Transformation in Deutschland voranzubringen. Insbesondere im Bereich klimafreundlicher Bau- und Dämmmaterialien wollen wir die langfristige CO₂-Speicherung stärker fördern. Regionale Produktion stärkt zudem die Wertschöpfung vor Ort, verkürzt Transportwege und ermöglicht hohe Qualitäts- und Umweltstandards. Aus unserer Sicht können Fördermaßnahmen sinnvoll sein, wenn sie in bestehende agrarpolitische Instrumente eingebettet sind, regionale Verarbeitung und Maschinenstrukturen stärken, CO₂-Bindungspotenziale im Bausektor berücksichtigen, bürokratische Hürden beim Anbau abbauen."



"Diese Anwendungen werden bereits praktiziert und es ist unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit sinnvoll, sie weiterzuentwickeln. Einem Antrag auf eine Förderung – etwa aus der Landwirtschaftsförderung oder der für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) – stehen wir offen gegenüber."



"Hanf wird oft auf seine berauschende Wirkung reduziert. Doch die Kultur ist ein idealer Rohstoff für viele Bereiche. Nutzhanf hat nur sehr geringe Gehalte an THC. Er wird vor allem als Faserpflanze genutzt. Nutzhanf ist für die Landwirtschaft nach wie vor eine Nischenkultur. Aufgrund der geringen Anbaubedeutung wurde in Deutschland relativ wenig zu Hanf geforscht. Im Zuge des wachsenden Bedarfs an nachhaltigen, klimaneutralen Produkten wie Baustoffen, Papier und Textilien wird Hanf aber zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen. Wir unterstützen daher eine intensivere Forschung zu Anbau- und Züchtungsoptionen, da derzeit in Deutschland nur wenig eigenes Saatgut für Nutzhanf hergestellt wird. Wir können uns vorstellen Projekte zum Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten zu unterstützen."



"Wir sehen Potenzial in der Nutzung von Nutzhanf als Baustoff. Wir fordern, dass die Verarbeitung und Verwendung von Nutzhanf und Holz als Bau- und Dämmstoff gefördert wird. Dies dient nicht nur der Einsparung von fossilen Dämmstoffen, sondern bindet auch CO₂. Darüber hinaus setzen wir uns für den Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe ein. Wir wollen Beratungsstellen für die Gründung genossenschaftlicher Strukturen etablieren und Produktionsgenossenschaften lokaler Landwirt*innen fördern. Auf Bundesebene unterstützen wir zudem die Förderung des Hanfanbaus als Chance im Strukturwandel, etwa in ehemaligen Braunkohlegebieten."

3. Medizinalcannabis: Regulierung vereinheitlichen

Werden Sie sich für eine bundesweite Vereinheitlichung der Regularien und Verfahrensweisen zu medizinischem Cannabis mit dem Ziel einsetzen, dass auch Cannabisblüten und -Extrakte als Ausgangsstoff für Defekturen- und Rezeptur- arzneimittel zukünftig einheitlich als Wirkstoffe kategorisiert werden?



"Eine Vereinheitlichung der Regularien und Verfahrensweisen im Umgang mit medizinischem Cannabis auf Bundesebene befürworten wir klar. Unterschiedliche Auslegungen in den Ländern führen derzeit zu Unsicherheiten bei Apotheken, Ärzt*innen und Patient*innen und erschweren eine verlässliche Versorgung. Gerade im medizinischen Bereich sind Versorgungssicherheit und ein schneller Zugang zu Arzneimitteln von zentraler Bedeutung.

Wir unterstützen daher eine bundesweit einheitliche und rechtssichere Einordnung von Cannabisblüten und -Extrakten als Wirkstoffe, wenn diese als Ausgangsstoffe für Defekturen- und Rezeptur- arzneimittel dienen.

Entscheidend bleibt für uns jedoch die Wahrung hoher Qualitätsstandards sowie klarer Dokumentationspflichten, um die Sicherheit von Patient*innen jederzeit gewährleisten zu können. Der Abbau regulatorischer Hürden und eine Vereinheitlichung des Umgangs mit medizinischem Cannabis sollen Transparenz und Versorgungssicherheit schaffen, dürfen aber zu keinem Zeitpunkt das Wohl der Patient*innen gefährden."



"Da, je nach Einnahmeart, getrocknete Cannabisblüten sowie deren Extrakte vielfach angewandt werden, um bspw. chronische Schmerzen zu lindern, sollten diese auch einheitlich als Wirkstoffe anerkannt werden."



"Der Gesundheitsausschuss im Deutschen Bundestag hat sich in einer öffentlichen Anhörung am Mittwoch, 14. Januar 2026, mit dem Entwurf der Bundesregierung für ein erstes Gesetz zur Änderung des Medizinal-Cannabisgesetzes (Drucksache 21/3061) befasst. Die Auswertung und das Gesetzgebungsverfahren dauern noch an. Dieses bleibt abzuwarten."



"Ja. Wir setzen uns ausdrücklich für eine bundesweite Vereinheitlichung der Regularien und Verfahrensweisen zu medizinischem Cannabis ein. Der derzeitige Flickenteppich aus uneinheitlichen Auslegungen durch Behörden, Krankenkassen und Aufsichtsstellen führt zu Rechtsunsicherheit, unnötiger Bürokratie und ganz konkret zu Versorgungsproblemen für Patient*innen."

4. Rechtssicherheit Cannabinoide (z.B. CBD)

Wie ist Ihre Haltung zum Thema nicht-psychoaktive Cannabinoide (z. B. CBD, CBG, CBN) und welchen Rechtsrahmen für den sicheren Umgang mit Cannabinoiden wollen Sie nach der Landtagswahl umsetzen? Befürworten Sie eine Grenzwertfindung zum sicheren Handel mit nicht-psychoaktiven Cannabinoiden?



"Ein gesonderter Rechtsrahmen speziell für diese Stoffe ist derzeit nicht geplant. Wir erachten aber eine wissenschaftsbasierte Klärung für sinnvoll. Fragen der Produktsicherheit und möglicher Grenzwerte werden auf Grundlage wissenschaftlicher Bewertungen geprüft, die durch die zuständigen Behörden wie die EFSA (Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit) erarbeitet werden (z. B. aktuell vorgeschlagene Sicherheitsgrenze für CBD <https://www.efsa.europa.eu/de/news/provisional-safe-level-cannabidiol-novel-food>). Klare Grenzwerte können den Verbraucherschutz stärken, Rechtssicherheit schaffen und Graubereiche reduzieren. Dabei muss der Maßstab aber eine fundierte Bewertung durch zuständige Behörden bleiben, denn der Gesundheitsschutz hat Vorrang."



"Der Rechtsrahmen für nicht-psychoaktive Cannabinoide wird zum allergrößten Teil auf der Ebene der EU und des Bundes bestimmt, nicht auf der Landesebene. Wenn diese Cannabinoide die vergleichbaren Kriterien, wie sie insbesondere bei Nahrungsmitteln, Nahrungsergänzungsmitteln, Genussmitteln oder Kosmetika gelten (keine Gefahr usw.), erfüllen, spricht aus unserer Sicht auch nichts gegen eine Zulassung. Grenzwerte wären dafür wahrscheinlich hilfreich."



"Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass ein sicherer Umgang mit Cannabinoiden in allen EU-Mitgliedstaaten gewährleistet werden kann."



"Wir setzen uns dafür ein, dass Nutzhanfzubereitungen, die nicht-psychoaktive Cannabinoide wie CBD enthalten und deren THC-Gehalt den natürlichen Gehalt von EU-zertifiziertem Nutzhanf nicht übersteigt, nicht dem Betäubungsmittelgesetz unterstellt werden. Wir fordern Rechtssicherheit für CBD-Produkte und lehnen eine Klassifizierung als Betäubungsmittel ab."

5. Modellprojekte für Genusscannabis

Die vorherige Bundesregierung plante den legalen Verkauf von qualitativ sicherem Genusscannabis in lizenzierten Fachgeschäften, um dadurch den Schwarzmarkt zurückzudrängen. Sollte Baden-Württemberg sich für eine Fortsetzung dieser Cannabis-Reformpolitik im Bundesrat einsetzen?



"Das Ziel einer verantwortungsvollen Cannabis-Politik ist es, den Schwarzmarkt wirksam zurückzudrängen und den Jugendschutz zu stärken. Wissenschaftlich begleitete Modellprojekte für eine kontrollierte Abgabe können hierzu einen Beitrag leisten, sofern Qualitätsstandards gewährleistet sind, Präventionsmaßnahmen greifen, und europarechtliche Vorgaben beachtet werden.

Grundsätzlich befürworten wir aber eine bundesweit regulierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene über lizenzierte Fachgeschäfte als Teil einer kontrollierten und verantwortungsvollen Drogenpolitik. Ein regulierter Markt kann zur Entkriminalisierung beitragen, Qualitätskontrollen ermöglichen und den Schwarzmarkt wirksam zurückdrängen."



"Diese Form der legalen und regulierten Abgabe von Cannabis war ursprünglich vorgesehen. Es ist nach wie vor sinnvoll, hierzu nach einem auch EU-rechtlich möglichen Weg zu suchen. Das ist Aufgabe der Bundesebene. Realistisch betrachtet werden jedoch in der jetzigen Koalition im Bund kaum weitere Liberalisierungen möglich sein. Deshalb werden wir uns nach Vorlage der Evaluationsergebnisse zum Konsumcannabisgesetz erneut beraten und für die Zukunft aufstellen."



"In Deutschland hat die FDP in Regierungsverantwortung durch die Entkriminalisierung des Cannabiskonsums einen längst überfälligen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik vollzogen. Wir Freie Demokraten haben eine kontrollierte Freigabe von Cannabis schon lange befürwortet und uns dafür eingesetzt, den Besitz und Konsum für volljährige Personen zu erlauben. Im Zuge der Entkriminalisierung von Cannabis wurde Medizinalcannabis richtigerweise aus dem Betäubungsmittelgesetz gestrichen und es wurden bessere Möglichkeiten für den Anbau von Medizinalcannabis in Deutschland geschaffen."



"Ja, Baden-Württemberg sollte sich grundsätzlich für eine Fortsetzung der Reformpolitik einsetzen.

Wir fordern die vollständige Legalisierung von Cannabis und die notwendigen Änderungen auch auf EU- und UN-Ebene durchzusetzen. Zwar bevorzugen wir primär nicht-kommerzielle Modelle wie den Eigenanbau und Cannabis Social Clubs. Wir gehen jedoch davon aus, dass es auch eine kommerzielle Herstellung und einen Verkauf geben wird, wobei ein solcher Markt streng reguliert werden muss, etwa durch Werbeverbote, da kommerzielle Verkäufe von Profitinteressen geleitet sind. Zudem setzen wir uns für die Entkriminalisierung der Konsumenten und die Zurückdrängung des Schwarzmarktes ein."

6. Modellprojekte für Genusscannabis in Ihrem Bundesland

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Ihrem Bundesland Modellprojekte möglich werden? Würden Sie als Bundesland teilnehmen wollen bzw. Landkreise & Kommunen zur Teilnahme ermuntern?



"Wir Grüne setzen uns für eine evidenzbasierte und progressive Weiterentwicklung der Drogenpolitik ein.

Das KCanG bietet die gesetzlich geregelten Möglichkeiten für Konsument*innen ihren Eigenbedarf an Konsumcannabis zu decken. Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung hat als zuständige Behörde, welche die Anträge auf wissenschaftliche Modellprojekte prüft und begleiten soll, nach hiesigem Kenntnisstand alle bislang eingereichten Anträge abgelehnt (vgl. Drucksache 21/3133 Ziffer 3).

Wir befürworten wissenschaftlich begleitete Modellprojekte zur Erforschung eines regulierten Verkaufs von Cannabis in Fachgeschäften.

Eine Ermöglichung entsprechender Modellprojekte in Baden-Württemberg wird dann möglich sein, wenn die bundesrechtlichen Rahmenbedingungen dies zulassen. Kommunen und Landkreise, die teilnehmen möchten, sollten vom Land konstruktiv begleitet und unterstützt werden.

Solche Projekte können wichtige Erkenntnisse für Gesundheits-, Jugend- und Verbraucherschutz sowie zur Eindämmung des Schwarzmarkts liefern. Ziel ist es, die Weiterentwicklung der Drogenpolitik auf eine belastbare wissenschaftliche Grundlage zu stellen."



"Modellprojekte, die im Sinne des Cannabisgesetzes sind, sollten vom Land unterstützt werden. Gerade auch aufgrund der zu erwartenden starken Einschränkung des Cannabiserwerbs über online-Verschreibungen und online-Apotheken ist es zu prüfen, eine solche Abgabe von sicherem und legal erzeugtem Cannabis zu ermöglichen, um den Schwarzmarkt weiter zurückzudrängen."



"Modellprojekte sind zusammen mit den Partnern, vor allem den Kreisen und Gemeinden zu entwickeln."



"Grundsätzlich ist unsere Position, dass wir Cannabis vollständig legalisieren wollen. Bereits in der Vergangenheit haben wir darauf hingewiesen, dass es aus unserer Sicht keiner Modellprojekte mehr bedarf, da internationale Erfahrungen zeigen, dass eine Legalisierung direkt möglich und notwendig ist. Wir bevorzugen dabei nicht-kommerzielle Modelle wie Cannabis Social Clubs und den Eigenanbau. Sofern Modellprojekte ein Schritt in Richtung einer progressiven Drogenpolitik sind, werden wir uns Reformen nicht verschließen, unser politisches Ziel bleibt jedoch die umfassende Entkriminalisierung und Legalisierung ohne unnötige Verzögerungen."

7. Keine Strafverfolgungspriorität für Rauschklausel

Das aktuelle Cannabisgesetz enthält weiterhin die umstrittene "Rauschklausel" (bzw. "Missbrauchsklausel"), obwohl bis heute kein Missbrauchsfall hierzu bekannt ist. Auch aufgrund der nun legalen Verfügbarkeit von Cannabis ist ein Missbrauch von Industriehanf zu Rauschzwecken völlig lebensfremd. Welche Priorität sehen Sie in der weiteren Strafverfolgung hierzu?



"Wir sind der Ansicht, dass Strafrecht verhältnismäßig angewandt werden muss. Die sogenannte Rauschklausel schafft unseres Erachtens Rechtsunsicherheit für Nutzhanfproduzent*innen. Strafverfolgungsressourcen sollten dort eingesetzt werden, wo tatsächliche Gefahren bestehen. Der Fokus sollte auf der Verfolgung organisierter Kriminalität liegen.

Wir sind der Ansicht, dass unklare Tatbestände im Rahmen der Evaluation überprüft werden sollten, um Rechtssicherheit zu gewährleisten.

Davon profitieren landwirtschaftliche Betriebe und Unternehmen und die Potenziale von Nutzhanf können, etwa in Bauwirtschaft, Textilindustrie oder Klimaschutz, in Baden-Württemberg verantwortungsvoll genutzt werden. Dafür werden wir uns auch in der kommenden Legislaturperiode weiter einsetzen."



"Diese Klausel im Strafgesetzbuch ist zu überprüfen, da sie mit der durch das Gesetz vorgenommenen Teil-Entkriminalisierung nicht zusammenpasst. Beim Einsatz von Nutzhanf für industrielle Zwecke, der also keine oder kaum psychoaktive Wirkstoffe enthält und daher nicht missbraucht werden kann, muss sie schon aus Gründen der Nachhaltigkeitsziele bei der Herstellung von Baustoffen entfallen. Dazu sind natürlich einheitliche Grenzwerte für die Stoffe, wie z.B. THC-Vorstufen, festzulegen. Auf diesen Prüfungsbedarf werden wir die Bundesebene bzw. den Bundestag hinweisen."



"Ursächlich für den schweren Stand des Nutzhanfs in Deutschland ist vor allem die rechtliche Situation. Die als Rauschklausel bekannte Missbrauchsklausel sorgt bei Landwirten für Unsicherheit. Unserer Auffassung nach ist diese Regel zu streng. Es liegen bis heute keine Belege darüber vor, dass der Missbrauch von Nutzhanf zu Rauschzwecken tatsächlich stattfindet. Selbst vor der Cannabisliberalisierung galt der Aufwand, sich Hanf zu Rauschzwecken auf dem Schwarzmarkt zu beschaffen, als deutlich geringer. Ein Missbrauch von Nutzhanf ist spätestens seit dem KCanG nun endgültig auszuschließen, weshalb die Regel gestrichen werden sollte. Allerdings weisen wir daraufhin, dass es sich hierbei um ein bundespolitisches Thema handelt."



"Wir sehen in der Strafverfolgung von Cannabis- und Nutzhanfbezügen keine Priorität, sondern setzen uns vielmehr für eine grundlegende Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen ein, die solche Verfahren obsolet machen würde.

Unser zentraler Grundsatz in der Drogenpolitik ist: „Prävention und Beratung statt Strafverfolgung“. Wir fordern die vollständige Entkriminalisierung des Drogenkonsums und medizinische sowie sozialarbeiterische Programme anstelle von Repression."

8. Geplante Initiativen

Welche Initiativen beabsichtigen Sie zum Thema Hanf / Cannabis in der nächsten Legislaturperiode auf Landesebene?



"In der kommenden Legislaturperiode wollen wir die Drogenpolitik in Baden-Württemberg weiterhin verantwortungsvoll, evidenzbasiert und gesundheitsorientiert weiterentwickeln. Im Mittelpunkt stehen für uns die wissenschaftlich begleitete Umsetzung des Konsumcannabisgesetzes, die weitere Entkriminalisierung von Konsumierenden unter Wahrung eines wirksamen Jugend- und Gesundheitsschutzes sowie der Ausbau von Präventions-, Beratungs- und Suchthilfeangeboten im Land. Wir wollen ein gut ausgebautes Angebot zur gesundheitlichen Versorgung von abhängigen oder suchgefährdeten Menschen. Durch Angebote zur Schadensminderung muss alles getan werden, um die gesundheitlichen Risiken zum Beispiel durch gestreckte Drogen, schmutzige Spritzen oder gefährliche Zusatzstoffe zu reduzieren. Deshalb setzen wir uns im Rahmen eines ganzheitlichen Präventionskonzepts für Möglichkeiten ein, Inhaltsstoffe von Drogen überprüfen zu lassen (Drug-Checking).

Darüber hinaus wollen wir Forschung und Modellprojekte unterstützen, um die Auswirkungen drogenpolitischer Maßnahmen besser zu verstehen und zukünftige Entscheidungen auf eine belastbare Datenbasis zu stellen. Wichtig ist uns dabei eine enge Zusammenarbeit mit Kommunen, Fachstellen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen."



"Wir werden, ebenso wie in der ablaufenden Wahlperiode, darauf hinwirken, dass das CanG im Land korrekt umgesetzt und angewendet wird. Hierzu gehören auch die Ermöglichung und korrekte Genehmigung und Behandlung von sogenannten Cannabis Social Clubs mit gemeinsamem Anbau. Gleichrangig setzen wir uns für Suchtprävention, insbesondere für Kinder und Jugendliche ein."



"Wir werden die Erfordernisse im 18. Landtag von Baden-Württemberg sorgfältig prüfen und ggf. zielführende Initiativen auf den Weg bringen."



"Wir werden uns weiterhin für eine vollständige Entkriminalisierung des Drogenkonsums einsetzen. Konkret planen wir:

- Die vollständige Legalisierung von Cannabis und entsprechende Änderungen auf EU- und UN-Ebene durchzusetzen
- Die flächendeckende Verfügbarkeit von Drugchecking und Drogenkonsumräumen sicherzustellen
- Die Festlegung wissenschaftlich basierter Grenzwerte im Straßenverkehr, die eine Gleichbehandlung mit Alkohol gewährleisten
- Den Ausbau von Präventions-, Beratungs- und Hilfsangeboten."

“[...] vielen Dank für die Übersendung Ihres Fragekatalogs sowie für Ihr Interesse an unserer Arbeit und unseren politischen Positionen. Wir wissen die fachliche Tiefe und Sorgfalt, mit der Sie Ihre Fragen formuliert haben, sehr zu schätzen.

Sie werden sicher nachvollziehen können, dass einige der von Ihnen angesprochenen Themen derzeit noch in der fachlichen Abstimmung und politischen Diskussion sind. Manche Fragen betreffen zudem Bereiche, die aktuell nicht Gegenstand konkreter Beschlussfassungen sind oder – etwa bei kommunalen oder bundespolitischen/ europapolitischen Zuständigkeiten – nicht allein von uns beantwortet werden können.

Auch mit Blick auf künftiges Regierungshandeln können verbindliche Aussagen in der Regel erst nach Abschluss etwaiger Koalitionsverhandlungen getroffen werden.

Wir bitten daher um Verständnis, dass wir Ihren Fragekatalog nicht im Detail beantworten können. Gleichzeitig möchten wir Ihnen aber dennoch einen Einblick in unsere zentralen politischen Prioritäten geben. Informationen zu unserer Arbeit sowie zu den für die kommende Legislaturperiode relevanten Themen finden Sie auf unserer Website. Einen umfassenden Überblick über unsere inhaltlichen Schwerpunkte bietet zudem unser Regierungsprogramm unter <https://www.cdu-bw.de/regierungsprogramm/>

Grundsätzlich setzen wir uns für eine Suchtpolitik ein, die auf Prävention, dem Schutz von Kindern und Jugendlichen sowie einer wirksamen Gesundheitsförderung basiert. Dies umfasst durchaus die wissenschaftliche Begleitung und Bewertung gesundheitsförderlicher wie auch gesundheitsschädlicher Aspekte des Cannabiskonsums. Unter generalpräventiven Aspekten sind für uns zudem die Auswirkungen eines unverändert bestehenden Schwarzmarktes und die Bekämpfung der daran in unterschiedlichen Formen beteiligten Organisierten Kriminalität ein wichtiger Aspekt. Die derzeit geltenden rechtlichen Regelungen werden wir daher gerne unter Einbeziehung aller Beteiligten weiterhin bewerten und auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen.

Vor diesem Hintergrund freuen wir uns auf den Austausch in der Zukunft und werden Ihre Hinweise und Anliegen für unsere weitere inhaltliche Arbeit prüfen und – soweit möglich – in unsere politischen Abwägungen einfließen lassen. [...]”

3. Tabellarische Übersicht - Rheinland-Pfalz



1.	Forschungsförderung					
2.	Weitere Förderungen					
3.	Medizinalcannabis: Regulierung vereinheitlichen					
4.	Rechtssicherheit Cannabinoide (z.B. CBD)					
5.	Modellprojekte für Genusscannabis					
6.	Modellprojekte für Genusscannabis in Ihrem Bundesland					
7.	Keine Strafverfolgungspriorität für Rauschklausel					
8.	Geplante Initiativen					

- Entspricht weitgehend oder voll den Forderungen des BvCW
- Entspricht überwiegend den Forderungen des BvCW
- Entspricht zum Teil den Forderungen des BvCW
- Entspricht überwiegend nicht den Forderungen des BvCW
- Entspricht nicht den Forderungen des BvCW

3. Fragen und Antworten - Rheinland-Pfalz

1. Forschungsförderung

Inwieweit werden Sie sich für die Forschungsförderung zu den Potenzialen von Hanf (Medizinalcannabis, Industriehanf [Faserbundstoff, Textilien, Baustoff, Lebensmittel etc.], Cannabinoide, Genussmittel, Green Deal) einsetzen?



"Die Linke RLP wird sich klar für eine Forschungsförderung zu den Potenzialen von Hanf einsetzen, solange es sich um eine öffentliche, gemeinwohlorientierte und keine private/rein profitorientierte Forschung handelt. Wir treten dafür ein, dass öffentliche Forschungsmittel an gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Nutzen gebunden sind. Als Nutzpflanze kann Hanf einen hohen gesellschaftlichen Mehrwert bieten und einen Teil zur sozial-ökologischen Industrie- und Agrarwende beitragen. Die Linke RLP setzt sich für eine klimagerechte Industriepolitik, regionale Wirtschaftskreisläufe und die Förderung nachhaltiger Rohstoffe ein. Im Bereich der Gesundheitsversorgung sollte auch mehr zu Medizinalcannabis geforscht werden, etwa zur Behandlung von chronischen Schmerzen oder neurologischen Erkrankungen. Zu betonen ist, dass Forschung hier nicht von Gewinninteressen dominiert werden darf, sondern stets die Patient*innenversorgung und der gesundheitliche Nutzen im Vordergrund stehen muss."



"Hanf als Rohstoff eröffnet eine große Bandbreite für verschiedene Nutzungsarten. Die Forschungsförderung dazu unterstützen wir. Die verschiedenen Potentiale von Hanf müssen besser genutzt werden."



"Wir Freie Demokraten wollen Forschung und Beratung in der Landwirtschaft systematisch stärken – insbesondere bei klimaresistenten Pflanzen und neuen Kulturen – und sehen darin einen Hebel für Innovation und Nachhaltigkeit. Forschungsvorhaben zu nachhaltigen Rohstoffen, modernen landwirtschaftlichen Produktionsmethoden, CO₂-bindenden Werkstoffen oder biotechnologischen Anwendungen stärken wir bereits heute strukturell. Entsprechend unterstützen wir zielgerichtete Forschungsförderung, Technologietransfer, regionale Wertschöpfungsketten und innovative Pilotprojekte, die auch Hanf als Zukunftsrohstoff einschließen können. Uns ist wichtig, dass Forschung unbürokratisch erfolgt und praxisnah wirkt – etwa für Landwirtschaft, Medizin, Lebensmitteltechnologie und nachhaltige Baustoffe."



"Von Seiten der SPD Rheinland-Pfalz bestehen hierzu aktuell keine konkreten Planungen. Wir behalten das Thema aber im Blick und sind für einen entsprechenden Austausch in der nächsten Legislaturperiode offen."



"Wir setzen uns grundsätzlich für mehr staatliche Fördermittel für Forschung und Lehre ein, schon alleine um die sogenannte Drittmittelakquise zu verringern, die meist wirtschaftliche Interessen verfolgt. Grundsätzlich muss eine staatliche Förderung von Forschungsaufträgen im Einzelfall geprüft werden. Der Forschungsbedarf ist durch jahrzehntelange Kriminalisierung und die dadurch entstandene wirtschaftliche Unattraktivität von Nutz- und Medizinalanwendungen groß, deswegen befürworten wir jeden Erkenntnisgewinn über die Potenziale von Hanf. Allerdings ist der Stand der Forschung in unterschiedlichen Nutzungsbereichen sehr verschieden, darauf gilt es mit abgestuften Konzepten zu reagieren."

2. Weitere Förderungen

Für welche weiteren Förderungen zu den Potentialen von Hanf werden Sie sich einsetzen? z. B. Anbauprämien für Nutzhanf, Projekte zum Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten, Zuschüsse für Ernte- und Verarbeitungsmaschinen für regionale Maschinenringe oder Förderung der langfristigen CO₂-Speicherung durch Bau- und Dämmmaterialien.



"Die Linke RLP wird sich für Förderprogramme für genossenschaftlich geführte landwirtschaftliche und verarbeitende Betriebe, die Industrie- und Nutzhanf produzieren / verarbeiten sowie Investitionszuschüsse für Maschinen von Genossenschaften einsetzen. Zudem sollte in der öffentlichen Beschaffung (z.B. beim Bau oder in Kantinen) auf regionale, genossenschaftlich erzeugte Hanfprodukte bevorzugt eingekauft werden."



"Nutzhanf hat viele Vorteile als nachhaltiger Rohstoff und Nahrungsmittel, zur Milderung der Klimakrise und für eine ökologischere Landwirtschaft. Deshalb setzen wir uns dafür ein, den Anbau von Nutzhanf zu fördern und ihn in unsere Agrar- und Baupolitik verstärkt einzubinden. Generell wollen wir den Einsatz von nachwachsenden Bau- und Dämmmaterialien weiter vorantreiben und Kommunen bei der Nutzung unterstützen. Mit dem "Klimabündnis Bauen" verfolgen wir das Ziel, den Einsatz nachwachsender Rohstoffe beim Bau und der Sanierung landesweit deutlich zu steigern. Dazu gehören z.B. Förderungen für den Einsatz nachwachsender Rohstoffe, die Unterstützung von Forschung, Entwicklung und Wissenstransfer sowie Beratung für Kommunen. Darüber hinaus haben wir in der Wohnraumförderung bereits Zusatzdarlehen für die Verwendung ökologischer Dämmstoffe eingeführt. Diese wollen wir zielgerichtet ausbauen."



"Wir Freie Demokraten unterstützen Initiativen, die nachhaltige Rohstoffe marktfähig machen und regionale Wertschöpfung stärken. Dazu gehören Innovationen im Anbau, moderne Verarbeitungstechnologien sowie Anwendungen, die messbar zur CO₂-Reduktion oder Ressourceneffizienz beitragen. Wir stärken regionale Vermarktung und regionale Wertschöpfungsketten („Aus der Region – für die Region“) und wollen landwirtschaftliche Betriebe zugleich durch Digitalisierung und Bürokratieentlastung wettbewerbsfähiger machen. Bei klimafreundlichen Bau- und Dämmmaterialien setzen wir auf kluge Anreize und Technologieoffenheit sowie auf langlebige CO₂-Speicher – damit sollen sich auch innovative biobasierte Materialien in Innovations- und Investitionsprogrammen wiederfinden können."



"Siehe Frage 1"



"Nutzhanf ist ein Naturprodukt mit großem Potential, von der Grundlagenforschung bis zum Abbau von Markteinführungshindernissen würden wir nach Abstimmung mit der Branche abgestufte Förderungen befürworten"

3. Medizinalcannabis: Regulierung vereinheitlichen

Werden Sie sich für eine bundesweite Vereinheitlichung der Regularien und Verfahrensweisen zu medizinischem Cannabis mit dem Ziel einsetzen, dass auch Cannabisblüten und -Extrakte als Ausgangsstoff für Defekturen- und Rezepturzneimittel zukünftig einheitlich als Wirkstoffe kategorisiert werden?



"Die Linke RLP setzt sich für eine bundesweite Vereinheitlichung der Regularien und Verfahrensweisen zu medizinischem Cannabis mit dem Ziel ein, Rechtssicherheit zu schaffen und eine verlässliche, patient*innenorientierte Versorgung zu gewährleisten. Die Regularien müssen sich dabei auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützen und dürfen keiner Verbotslogik unterliegen."



"Wir setzen uns für eine bundeseinheitliche Regelung von Medizinalcannabis ein, die nicht zu restriktiv ist. Dabei sollen alle möglichen Ausgangsstoffe genutzt werden."



"Wir Freie Demokraten setzen uns für einheitliche, nachvollziehbare und entbürokratisierte Regelungen im Gesundheitswesen ein. Einheitliche Standards schaffen Rechtssicherheit für Ärztinnen und Ärzte, Apotheken, Patientinnen und Patienten sowie für verarbeitende Betriebe. Unser Ziel ist, dass medizinisch notwendige Therapien schnell, sicher und ohne unnötige Hürden möglich sind. Im Bereich des Medizinalcannabis ist zentral, dass Qualität, Sicherheit und Zugang klar, harmonisiert und bürokratiearm geregelt sind."



"Grundsätzlich ist es aus unserer Sicht erstrebenswert zu prüfen, inwieweit Vereinheitlichungen möglich und sinnvoll sind. Zu den Gesamtthemenkomplexen gibt es nach unserer Kenntnis immer wieder einen bundesländerübergreifenden Dialog. Weitere Entwicklungen werden wir beobachten."



"Ja, wir wollen Cannabisblüten und -extrakte derart standardisieren, dass sie als Wirkstoffe gelten, die nach den Vorschriften des Deutschen Arzneibuchs und des Deutschen Arzneimittelcodex geprüft sind."

4. Rechtssicherheit Cannabinoide (z.B. CBD)

Wie ist Ihre Haltung zum Thema nicht-psychoaktive Cannabinoide (z. B. CBD, CBG, CBN) und welchen Rechtsrahmen für den sicheren Umgang mit Cannabinoiden wollen Sie nach der Landtagswahl umsetzen? Befürworten Sie eine Grenzwertfindung zum sicheren Handel mit nicht-psychoaktiven Cannabinoiden?



"Nicht-psychoaktive Cannabinoide wie CBD, CBG oder CBN bewertet Die Linke RLP grundsätzlich positiv und wird sich für einen klaren, wissenschaftsbasierten und verbrauch*innenschutzorientierten Rechtsrahmen für den Umgang mit Cannabinoiden einsetzen. Es bedarf dringend einer zeitnahen Festlegung verbindlicher Grenzwerte, um ihren Verkauf für Verbraucher*innen einheitlich und sicher zu gestalten."



"Nicht-psychoaktive Cannabinoide sollen weniger restriktiv geregelt werden. CBD Produkte sollten nicht unter das strenge Betäubungsmittelgesetz (BtMG) fallen, wenn sie gesundheitlich unbedenklich sind. Wir wollen eine unkomplizierte, verbraucherfreundliche Regulierung für CBD-haltige Produkte. Ziel ist es, den Zugang zu diesen Produkten zu erleichtern, anstatt sie als neuartige Lebensmittel (Novel Food) übermäßig zu beschränken."



"Für uns Freie Demokraten ist klar: Unternehmen wie Verbraucher brauchen einen verlässlichen Rechtsrahmen, der Sicherheit bietet, ohne Innovation zu behindern. Unser Ziel ist ein Markt, der Verbraucherschutz, Produktqualität und Unternehmensfreiheit gleichermaßen gewährleistet. Überregulierung lehnen wir ab – stattdessen setzen wir auf Transparenz, Rechtsklarheit und pragmatische Lösungen."



"Aktuell beabsichtigen wir hierzu keine konkreten Schritte."



"Die derzeitige gesetzliche Regelung unterliegt als Bundesgesetz nicht der Zuständigkeit des Landtags. Nicht-psychoaktive Cannabinoide sind frei erhältlich, sofern sie weniger als 0,3% THC enthalten und aus europäischem Anbau stammen. Cannabinoide sollen grundsätzlich frei vom dem rauscherzeugenden Stoff THC bleiben, bei künftigen weiteren Erkenntnissen zur Sicherheit der nicht-psychoaktiven Cannabinoide befürworten wir eine Änderung des CanG und LFGB. Auch diese sind Bundesrecht."

5. Modellprojekte für Genusscannabis

Die vorherige Bundesregierung plante den legalen Verkauf von qualitativ sicherem Genusscannabis in lizenzierten Fachgeschäften, um dadurch den Schwarzmarkt zurückzudrängen. Sollte Rheinland-Pfalz sich für eine Fortsetzung dieser Cannabis-Reformpolitik im Bundesrat einsetzen?



"Die Linke RLP wird sich im Bundesrat klar für die Fortsetzung und Weiterentwicklung der Cannabis-Reformpolitik einsetzen. Auch wir sehen den legalen Verkauf von qualitativ geprüftem Genusscannabis in lizenzierten Fachgeschäften als ein wirksames Mittel, um den Schwarzmarkt zurückzudrängen, Verbraucher*innen zu schützen und Jugendschutz zu ermöglichen. Nur durch eine Professionalisierung und Legalisierung des Verkaufs können Qualitätsstandards eingeführt und sichere Produkte auf den Markt erhältlich werden."



"Ja, auf jeden Fall. Wir setzen uns für die schnellstmögliche Umsetzung der zweiten Säule der Legalisierung durch entsprechende Modellprojekte ein."



"Wir Freie Demokraten haben uns stets für eine moderne, evidenzbasierte Cannabispolitik eingesetzt – mit dem Ziel, Schwarzmarktstrukturen zurückzudrängen, Gesundheitsrisiken zu minimieren und Konsum in kontrollierte Bahnen zu lenken. Einer evidenzbasierten Weiterentwicklung der Cannabispolitik stehen wir offen gegenüber. Grundsätzlich halten wir Modellvorhaben für sinnvoll, um praxisrelevante Erkenntnisse zu Gesundheitsschutz, Qualitätsstandards und Marktmechanismen zu gewinnen und sie in verhältnismäßige Regulierung zu überführen. Ob und wie Modellprojekte zukünftig rechtlich möglich sind, hängt primär von bundesrechtlichen Vorgaben ab."



"Das Konsumcannabisgesetz trat zum 1. April 2024 in Kraft. Erste Auswertungen legen nahe, dass sich aus den bisherigen Ergebnissen noch keine abschließenden Aussagen zur Wirkungsweise des Gesetzes ableiten lassen. Es ist daher aus unserer Sicht sinnvoll, die Auswirkungen dieses Gesetzes zunächst weiter zu beobachten."



"Ja, wir halten die momentan geltende Beschränkung des Erwerbs auf die Mitgliedschaft in Anbauvereinigungen bzw. den Eigenanbau für nicht zielführend: Weder hat bisher der Schwarzmarkt eingedämmt worden noch ist die Gesundheitsgefahr durch mit Zusatzstoffen verunreinigtes Cannabis gebannt. Modellprojekte mit lizenzierten Fachgeschäften würden wir auch in RLP befürworten."

6. Modellprojekte für Genusscannabis in Ihrem Bundesland

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Ihrem Bundesland Modellprojekte möglich werden? Würden Sie als Bundesland teilnehmen wollen bzw. Landkreise & Kommunen zur Teilnahme ermuntern?



"Die Linke RLP wird sich für Modellprojekte einsetzen, da diese ein wichtiges Instrument sind, um unter realen Bedingungen die Auswirkungen einer neuen Regulierung zu untersuchen. Besonders wichtig ist uns dabei das Augenmerk auf Gesundheits- und Jugendschutz, (negative) Veränderungen im Konsumverhalten und die Eindämmung des Schwarzmarkts. Parallel sollten aber auch immer Beratungsangebote, Suchthilfe- und Präventionsarbeit angeboten werden."



"Wenn die bundesgesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, werden wir uns für Modellprojekte auch in Rheinland-Pfalz einsetzen. Gemeinsam mit der Community kämpfen wir GRÜNE gegen den Rollback und für weitere Schritte der Legalisierung."



"Wir Freie Demokraten haben uns stets für eine moderne, evidenzbasierte Cannabispolitik eingesetzt – mit dem Ziel, Schwarzmarktstrukturen zurückzudrängen, Gesundheitsrisiken zu minimieren und Konsum in kontrollierte Bahnen zu lenken. Einer evidenzbasierten Weiterentwicklung der Cannabispolitik stehen wir offen gegenüber. Grundsätzlich halten wir Modellvorhaben für sinnvoll, um praxisrelevante Erkenntnisse zu Gesundheitsschutz, Qualitätsstandards und Marktmechanismen zu gewinnen und sie in verhältnismäßige Regulierung zu überführen. Ob und wie Modellprojekte zukünftig rechtlich möglich sind, hängt primär von bundesrechtlichen Vorgaben ab."



"Auf Initiative der Koalitionsfraktionen hat der rheinland-pfälzische Landtag als Haushaltsgesetzgeber den bestehenden Untertitel „Maßnahmen der Suchtberatungsstellen und der Suchtprävention“ im Rahmen des Doppelhaushalts 2025/2026 um ein Präventionsmodellprojekt im Zusammenhang mit dem Konsumcannabisgesetz ergänzt. Dies begrüßen wir ausdrücklich."



"Ja, siehe Antwort Frage 5."

7. Strafverfolgungsprioritäten

Das aktuelle Cannabisgesetz enthält weiterhin die umstrittene „Rauschklausel“ (bzw. „Missbrauchsklausel“), obwohl bis heute kein Missbrauchsfall hierzu bekannt ist. Auch aufgrund der nun legalen Verfügbarkeit von Cannabis ist ein Missbrauch von Industriehanf zu Rauschzwecken völlig lebensfremd. Welche Priorität sehen Sie in der weiteren Strafverfolgung hierzu?

 Die Linke

"Die Linke RLP wird sich dafür einsetzen, dass endlich für Landwirt*innen, Weiterverarbeiter*innen und Händler*innen rechtliche Sicherheit geschaffen wird. Dass ein Missbrauchspotenzial bei Nutzhanfherstellern subjektiv ausgelegt werden kann, ist nicht zielführend und geht an der Realität vorbei. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ressourcen von Polizei und Justiz so eingesetzt werden, dass sie gesellschaftlich den größten Nutzen entfalten. Die Kriminalisierung von Nutzhanfproduzenten gehört nicht dazu. "

 BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

"Diese Strafverfolgung wollen wir abschaffen."

 Freie
Demokraten
FDP

"Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass behördliche Ressourcen und Kapazitäten wirksam und effizient eingesetzt werden. Die Entkriminalisierung hat für erhebliche Entlastung im Bereich der Strafverfolgung gesorgt. Nun geht es darum, die Vorgaben des Cannabiskonsumgesetzes konsequent umzusetzen. Zugleich wollen wir einen Fokus auf den Jugend- und Gesundheitsschutz setzen und Suchtbekämpfungsmaßnahmen durch Prävention und Aufklärung flankieren."

 SPD

"Siehe Frage 5"

 BSW

"Es ist offensichtlich, dass die „Rauschklausel“ ein Problem lösen will, obwohl es kein Problem gibt: Industriehanf ist in keinem bekannten Fall zu Rauschzwecken genutzt worden. Stattdessen wird ein Wirtschaftszweig mit großen Potentialen unnötig behindert - das ist schlicht sachlich unberechtigt. Wir sprechen uns gegen eine strafrechtlich priorisierte Anwendung der sogenannten Missbrauchs- bzw. Rauschklausel aus. Historisch erfüllte sie eine präventive Auffangfunktion in Zeiten strikter Cannabisprohibition. Mit der heutigen regulierten Verfügbarkeit von Konsumcannabis hat sich die Gefahrenlage jedoch grundlegend verändert. Empirische Hinweise auf einen systematischen Missbrauch von Industriehanf zu Rauschzwecken sind äußerst schwach, sodass eine fortgesetzte Schwerpunktverfolgung weder verhältnismäßig noch kriminalpolitisch überzeugend erscheint.

Zudem sind die Ressourcen von Polizei und Justiz begrenzt und sollten auf Deliktbereiche mit realem Gefährdungspotenzial konzentriert werden. Die Verfolgung von Bagatell- oder Grenzfällen bei nicht rauschgeeigneten Nutzhanfprodukten bindet unverhältnismäßig Kapazitäten bei geringer präventiver Wirkung. Wir halten daher eine deutliche Depriorisierung der Missbrauchsklausel für sachgerecht und plädieren für eine stärkere Fokussierung auf qualitätsbezogene Marktaufsicht, Verbraucherschutz und die Bekämpfung tatsächlich risikobehafteter Umgehungsstrukturen.

"

8. Initiativen

Welche Initiativen beabsichtigen Sie zum Thema Hanf / Cannabis in der nächsten Legislaturperiode auf Landesebene?



"Die Linke RLP wird sich für Vereinheitlichung und Rechtssicherheit auf Bundesebene einsetzen und Entkriminalisierung sowie Präventionsarbeit fördern. Explizite Initiativen sind aktuell noch nicht geplant."



"Wir wollen vor allem über den Bundesrat uns dafür einsetzen, die zweite Säule der Legalisierung mit der Einführung von Modellprojekten der Abgabe in staatlich zertifizierten Abgabestellen endlich umzusetzen."



"Wir Freie Demokraten wollen Rheinland-Pfalz als innovationsfreundliches Land weiterentwickeln. Dazu gehört auch ein moderner Umgang mit Hanf und Cannabis – im Rahmen des Bundesrechts. Für die nächste Legislaturperiode sehen wir Initiativen insbesondere in folgenden Bereichen:

- Forschung & Innovation: Förderung nachhaltiger Rohstoffe, biotechnologischer Anwendungen und regionaler Wertschöpfungsketten.
- Entbürokratisierung: Klare, verständliche und digitalisierte Verfahren für Unternehmen und Behörden.
- Prävention & Gesundheitsschutz: Sachliche Informationen, Qualitätsstandards und ein konsequentes Vorgehen gegen den Schwarzmarkt."



"Auch in der kommenden Legislaturperiode wird unser Schwerpunkt auf der Suchtberatung und Suchtprävention liegen, um einen verantwortungsvollen und gefahrenbewussten gesellschaftlichen Umgang zu unterstützen. Wichtig ist uns insbesondere die Aufklärung und Information zu Gefahren und Risiken von jungen Menschen, deren Körper und Gehirn sich noch in der Entwicklung befindet, durch vielfältige zielgruppenspezifische Angebote. Hierbei gilt es auch Eltern, Lehrkräfte und andere Erziehungsberechtigte einzubeziehen, um sie in ihrer Verantwortlichkeit und Vorbildrolle zu unterstützen. Zudem werden wir auch die Auswirkungen des Konsumcannabisgesetzes weiter aufmerksam beobachten."



"Wir werden uns für mehr Gesundheits- und Suchtprävention in der Gesetzgebung und der Zivilgesellschaft einsetzen, insbesondere mit der Zielrichtung Alkohol und Tabak. Wir wollen dringend eine weitere Evaluierung der Frage unterstützen, welche Grenzwerte beim Entzug eines Führerscheins gelten sollen: Dabei ist einerseits das zentrale Anliegen eines sicheren Straßenverkehrs mit der notwendigen Rechtssicherheit für Cannabis-Konsumenten in Einklang zu bringen."

5. Auszüge aus den Wahlprogrammen

Wir haben die Wahlprogramm nach folgenden Schlagwörtern durchsucht: "Hanf", "Cannabi" (um sowohl Cannabis als auch Cannabinoide zu erfassen), "Drogen", "nachwachsende Rohstoffe", "Telemedizin" und "Nachhaltigkeit" (nur relevante Bezüge).



“WETTBEWERBSFAKTOR NACHHALTIGE TECHNOLOGIEN

Nachhaltige Technologien sind ein wichtiger Baustein für die industrielle Zukunft Baden-Württembergs. Kreislaufwirtschaft und Recycling – etwa bei seltenen Erden – stärken unsere Resilienz, reduzieren Abhängigkeiten und steigern die Produktivität. Mit Greentech und Cleantech schaffen wir zudem Wertschöpfung auf internationalen Märkten, wodurch neue Arbeitsplätze entstehen. Wir unterstützen entsprechende Forschungen unserer Wissenschaftseinrichtungen.“ (S. 15)

“KLUGE LANDESENTWICKLUNG GEWÄHRLEISTEN

Die Leitplanken für die Gestaltung des Raums in Baden-Württemberg sind im Landesentwicklungsplan festgeschrieben. Wir wollen mit dem neuen Landesentwicklungsplan einen Ermöglichungsrahmen schaffen, der dem erhöhten Raumbedarf für Wohnen, Leben und Wirtschaften gerecht wird. Ziel des neuen Plans muss es sein, die Wettbewerbsfähigkeit des Landes als Wirtschafts- und Wohnstandort zu sichern. Den Kommunen wollen wir dabei ausreichende Spielräume zur Weiterentwicklung ermöglichen. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf gewerblich genutzte Flächen durch eine flexiblere Handhabung des Anbindegebots. Für eine nachhaltige und resiliente Rohstoffversorgung sichern wir langfristig regionale Gewinnungsflächen und vereinfachen die Genehmigungsverfahren.“ (S.52)

“WALDLAND

2036 ist Baden-Württemberg das Land der nachhaltigen Wälder. Unser Wald ist CO₂-Speicher, Lebensraum und Rohstoffquelle zugleich. Wir gestalten den klimaresilienten Waldumbau aktiv – mit nachhaltiger Nutzung, Forschung und Praxis.“ (S.58)

“ÖKOKONTO-VERORDNUNG ÜBERARBEITEN UND FLEXIBILISIEREN

Bei der längst überfälligen Überarbeitung der Ökokonto-Verordnung werden wir flexiblere Ausgleichsmöglichkeiten schaffen. Dazu werden wir beispielsweise weitere landwirtschaftliche Kompensationsmaßnahmen als ökopunktefähig anerkennen und die Besonderheiten der Rohstoffgewinnung berücksichtigen.“ (S. 60)

“RESSOURCEN SCHONEN

Der schonende Umgang mit Ressourcen und eine kluge Kreislaufwirtschaft sind für uns von zentraler Bedeutung. Unser Ziel ist es, den Rohstoffverbrauch durch Wiederverwendung zu senken, Abfälle zu vermeiden und Materialien im Kreislauf zu halten. Das schützt Klima, Umwelt und sichert Arbeitsplätze. Wir wollen die Kreislaufwirtschaft noch attraktiver machen – durch intelligente Anreize statt durch Überregulierung. Deshalb fördern wir neue Technologien und Geschäftsmodelle, die Materialien effizienter nutzen, die Wiederverwendbarkeit verbessern und CO₂ als Rohstoff erschließen.“ (S.60)

“PATIENTENSTEUERUNG UND DIGITALE VERNETZUNG

Wir unterstützen die vom Bund angestrebte Patientensteuerung durch Hausärztinnen und Hausärzte als Gesundheitslotsen. So sorgen wir dafür, dass jeder und jede die richtige medizinische Hilfe am richtigen Ort erhält. Digitale Lotsen- und Terminservicestellen sollen Patientinnen und Patienten verbindlich und zielgerichtet durch das Gesundheitssystem führen und Doppeluntersuchungen vermeiden. Anschlussfähige IT-Strukturen verbessern die Kommunikation zwischen Krankenhäusern, ambulanter Versorgung und Rettungsdienst. Die Chancen der Telemedizin sowie der digitalen Patientenakte werden wir aktiv nutzen. Durch einen weiteren Digitalisierungsschub wollen wir etablierte Diagnostiken und Standardtherapien etwa in der Tumorbehandlung nicht nur an wenigen großen Standorten, sondern in der Fläche verfügbar machen.“ (S.82)

Quelle: <https://www.cdu-bw.de/data/documents/2025/12/23/421-694a550dab0f1.pdf>

“Keine staatliche Hilfe ohne Garantien:

Alle Investitionen, Förderungen und Ausbauten für Unternehmen er1 Ein Moratorium in der Politik ist ein Stopp bestimmter Maßnahmen. In diesem Fall ein Bürokratie-Stopp. 2 Eine Anlaufstelle, so dass z.B. für einen Antrag nur der Gang zu einer Behörde nötig ist, die alle Leistungen erbringen kann. 8 im Land tätigen und die Arbeitsplätze in Baden-Württemberg sichern. Unternehmen, die am Tarif orientiert sind, sollen bevorzugt unterstützt werden. Zudem werden Herausforderungen der Transformation abgedeckt. Erträge aus Unternehmensbeteiligungen dienen dazu, weitere Investitionen des Landes zu ermöglichen. Wirtschaftliche Stärke braucht verlässliche Lieferketten. Als exportorientiertes Industrieland ist Baden-Württemberg besonders auf Rohstoffe und Halbleiter angewiesen. Die kritische Abhängigkeit von einzelnen, geopolitisch riskanten Bezugsquellen im Bereich von seltenen Erden oder Chips ist die größte Bedrohung für unsere Zukunftsfähigkeit. Deshalb machen wir die Sicherung strategischer Versorgungsketten zur Chefsache. Wir unterstützen Unternehmen beim Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten und fördern strategische Einkaufskonsortien zur Bündelung der Marktmacht. Durch die Förderung von Kreislaufwirtschaft und Forschung zu Ersatzstoffen verringern wir kritische Abhängigkeiten, wo immer es möglich ist. Unser Ziel ist eine Industrie, die auch in Krisenzeiten lieferfähig bleibt.” (S. 8)

“Wir schaffen Anreize für nachhaltiges Bauen.

Unsere Vision ist eine Baupolitik, die dem Klima nützt und gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum schafft. Deshalb fördern wir nachhaltige Baustoffe wie Holz, Recyclingmaterialien, recyclingfähige Materialien und serielle Fertigung gezielt. Wir schaffen Anreize für soziales und klimagerechtes Bauen. Die Landesbauordnung passen wir so an, dass CO₂-Bilanz, Flächeneffizienz und ökologische Standards bei der Förderung verbindlich berücksichtigt werden. Neubauten von Land und Kommunen werden künftig klimaneutral und bevorzugt in Holz- oder Hybridbauweise errichtet. Gleichzeitig setzen wir auf Nachverdichtung, Umnutzung leerstehender Gebäude und die Wiederbelebung von Ortskernen. So verhindern wir Flächenverbrauch durch Neubau auf der grünen Wiese.” (S. 18)

“Wir schützen unsere Städte vor den Folgen des Klimawandels.

Starkregen, Hitze und Trockenperioden zeigen: Wir brauchen klimaangepasste Städte. Deshalb wird das Schwammstadt-Prinzip Leitbild für bestehende und neue Wohnquartiere. Regenwasser soll vor Ort versickern, gespeichert und zur Kühlung genutzt werden. Neue Bauprojekte berücksichtigen, wo möglich, Schwammstadt-Elemente wie begrünte Dächer, unversiegelte Flächen oder Regenwasserspeicher. Kommunen, die hier vorangehen, unterstützen wir mit einem gezielten Landesförderprogramm. Eine angepasste Landesbauordnung macht klimaresilientes Bauen zur Regel. (S. 19)“

“Wir bauen telemedizinische Angebote aus. Wir stärken telemedizinische Angebote. Die Barrierefreiheit telemedizinischer Angebote ist dabei wesentlich. Wir verbessern die sichere Datenweitergabe im Gesundheitswesen. Ebenso unterstützen wir zur Entlastung des Pflegepersonals die Umstellung auf digitale Dokumentation. Wir erstellen eine digitale Plattform, auf der freie Pflegeplätze vermittelt werden können.” (S. 22)

“Wir stärken die Prävention durch die Suchthilfe ganz besonders für Kinder, Jugendliche und Heranwachsende. Die Suchtberatung wollen wir besser finanzieren. Wir schaffen ein gut ausgebautes Angebot zur gesundheitlichen Versorgung von abhängigen oder suchtgefährdeten Menschen. Hierbei muss es auch möglich sein, sauberes Konsumbesteck auszugeben oder eine Analyse von Drogen durchführen zu lassen (Drug-Checking). Wir unterstützen die bedarfsgerechte Einrichtung von Drogenkonsumräumen. Unser Ziel ist es, den Konsum von legalen und illegalen Drogen deutlich zu verringern und nicht die Konsumierenden zu kriminalisieren.” (S. 23)

“Wir verstehen Umweltpolitik nicht als Hindernis für wirtschaftliche Entwicklung, sondern als echten Standortvorteil. Deshalb investieren wir in ökologische Infrastruktur – von Schwammstädten über Grünzüge und urbane Wälder bis hin zur Renaturierung. Gleichzeitig setzen wir auf Ressourcenschonung, Kreislaufwirtschaft und ökologische Innovationen in der Industrie, mit klaren Rahmenbedingungen und Anreizen.” (S. 38)

Quelle: https://www.spd-bw.de/dl/spd_bw_Wahlprogramm_final.pdf

“Wir machen Baden-Württemberg unabhängiger bei Rohstoffen – durch heimische Gewinnung und eine starke Kreislaufwirtschaft, die wertvolle Materialien immer wieder nutzbar macht. Nachhaltige Bioökonomie vereint regionale Wertschöpfungsketten, macht uns unabhängiger, nutzt in erheblichem Maß biologische Verfahren, GreenTech, setzt auf Kaskadennutzung und Kreislaufwirtschaft. Die Landesstrategie „Nachhaltige Bioökonomie“ setzen wir fort.” (S. 9)

“Wir werden eine GreenTech-Allianz aufbauen, mit der wir Start-ups und Mittelstand bei der Entwicklung und dem Hochlauf innovativer Wasserstofftechnologien unterstützen und damit sichere Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land schaffen. Dabei stärken wir die urbane und industrielle Bioökonomie, fördern die Markteinführung von Bioraffinerien und unterstützen nachhaltige Unternehmen und Start-ups durch ein Forschungskooperationsnetzwerk GreenTech. Um GreenTech Unternehmen in und aus Baden-Württemberg international sichtbar zu machen und hervorzuheben, wollen wir eine Dachmarke „GreenTech BW“ aufbauen. Wir setzen auf umfassende Unterstützung der Branche: Die GreenTech-Plattform bei der Landesagentur „Umweltechnik BW“ wird zur Anlaufstelle für Energieeffizienztechnologien und die GreenTech-Wirtschaft in Baden-Württemberg. Ein besonderer Schwerpunkt im Rahmen unserer GreenTech-Initiativen gilt der Kreislaufwirtschaft. Wir unterstützen Unternehmen aus Baden-Württemberg dabei, ihre Produkte und Geschäftsmodelle im Sinne der zirkulären Wirtschaft zu entwickeln und Produktkreislaufsysteme entstehen zu lassen. Kreislaufwirtschaft ist für uns mehr als Abfallwirtschaft. Sie beginnt beim Produktdesign und endet bei der Wiederverwertung von Rohstoffen. Mit der Förderung der Kreislaufwirtschaft gehen wir einen großen Schritt – weg von der Wegwerfgesellschaft, hin zum erfolgreichen Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen, zum Beispiel mit einem Reparaturbonus, der Unterstützung von Reparaturcafés, Makerspaces und Hackerspaces sowie Beschaffungsquoten in Landesbehörden. Den erfolgreichen Ressourceneffizienz- und Kreislaufwirtschaftskongress BW führen wir fort. Außerdem stärken wir mit der Kreislaufwirtschaft unsere Rohstoffsouveränität und reduzieren gefährliche Abhängigkeiten.” (S. 10)

“Modellprojekte für energieeffizientes Bauen zeigen: Klimaschutz, Komfort und Wirtschaftlichkeit schließen sich nicht aus. Diese Ansätze werden im Rahmen des Strategiedialogs Wohnen und Bauen bereits aufgegriffen und weiterentwickelt, insbesondere mit Blick auf ressourcenschonendes und zirkuläres Bauen. Der Abriss von Gebäuden muss daher unter ökologischen, sozialen und ökonomischen Gesichtspunkten bewertet werden. Lebenszyklusbetrachtungen wollen wir bei landeseigenen Projekten zum Standard machen. Im Falle eines Rückbaus sollen Bauteile und Materialien möglichst wiederverwendet werden können. Dafür wollen wir die Wiederverwendung von Bauteilen weiter vereinfachen und gebrauchte Baustoffe im Kreislauf nutzen. Dazu unterstützen wir die Gründung und Organisation von regionalen und von temporären Sekundärrohstoffzentren, wie wir sie gemeinsam mit Partnern der Bau- und Kreislaufwirtschaft im Strategiedialog Wohnen und Bauen entwickelt haben. Dort werden wiederverwendbare Baustoffe gesammelt, aufbereitet und in neue Projekte eingebracht.” (S.58)

“Prävention ist der Mittelpunkt unserer Drogen und Suchtpolitik. Wir wollen ein gut ausgebautes Angebot zur gesundheitlichen Versorgung von abhängigen oder suchgefährdeten Menschen. Durch Angebote zur Schadensminderung muss alles getan werden, um die gesundheitlichen Risiken zum Beispiel durch gestreckte Drogen, schmutzige Spritzen oder gefährliche Zusatzstoffe zu reduzieren. Deshalb setzen wir uns im Rahmen eines ganzheitlichen Präventionskonzepts für Möglichkeiten ein, Inhaltsstoffe von Drogen überprüfen zu lassen (Drug-Checking). Die Versorgung mit grundlegenden Medikamenten muss sichergestellt sein. Eltern sollen nicht um den Fiebersaft für ihre Kinder wegen Lieferschwierigkeiten auf dem Weltmarkt kämpfen müssen. Deshalb fördern wir die regionale und nachhaltige Produktion von Arzneimitteln und Medizinprodukten. Zudem stärken wir die Apotheke vor Ort, um eine wohnortnahe Versorgung sicherzustellen.” (S. 64)

Quelle: https://www.gruene-bw.de/wp-content/uploads/2026/01/GrueneBW_Landtagswahl2026_Wahlprogramm.pdf

“Wir Freie Demokraten stehen für eine ehrliche, effiziente und marktwirtschaftliche Klimapolitik, die sich auf die Innovations- und Wirtschaftskraft unseres Landes besinnt und diese Stärke nutzt, um Nachhaltigkeit zu verbessern. Klimaschutz ist global und gelingt nur als gemeinsame Kraftanstrengung. Darum orientieren wir uns an europäischen Leitlinien.” (S. 10)

Unser Leitbild ist der mündige Bürger. Die Verbraucher können eigenverantwortlich über ihre Ernährung und den Konsum von Genussmitteln entscheiden. (S. 11)

“Unser Ziel ist Glasfaser bis in jedes Haus, leistungsstarker 5G- und 6GMobilfunk überall und ein digitaler Staat, der einfach funktioniert. Wir wollen Homeoffice ohne Frust, digitalen Unterricht ohne Aussetzer, Telemedizin auf dem Land, unbegrenzte Datenverkehre für unsere Unternehmen und ein Amt, das online rund um die Uhr erreichbar ist.” (S. 69)

Die FDP werde:

“die Produktion qualitativ hochwertiger regionaler Lebensmittel stärken.” (S. 11)

“eine landeseigene Ernährungsnotfallvorsorge etablieren, die im Krisen- und Katastrophenfall schnell und unbürokratisch greift.” (S. 11)

“moderne Recyclingmethoden fördern, statt einseitige Produktionsverbote auszusprechen. Dabei halten wir konsequent an den Prinzipien Vermeiden – Wiederverwenden – Recyceln fest und erkennen das chemische Recycling als gleichwertige Methode an” (S. 12)

“uns dafür einsetzen, dass die Länder weiterhin für die Landeskrankenhausplanung zuständig bleiben und den Landeskrankenhausplan weiterentwickeln, um Versorgungsregionen in Baden-Württemberg zu gestalten. Dabei soll die Ausrichtung hin zu einer stärkeren Ambulantisierung, Patientensteuerung, Entbürokratisierung, Digitalisierung, sektoren- und bundesländerübergreifenden und telemedizinischen Versorgung bis hin zur Integration von Hospital-at-home-Technologien berücksichtigt werden und der Grundsatz der Vielfalt der Krankenhausträger bestehen bleiben. Wir wollen Baden-Württemberg zu einem Pionierland für die Nutzung neuer Möglichkeiten häuslicher Versorgung als Ersatz oder Verkürzung stationärer Aufenthalte entwickeln.” (S. 100)

“den Ausbau niedrigschwelliger Suchthilfeangebote wie Kontaktläden und Drogenkonsumräume unterstützen.” (S. 105)

Quelle: https://www.fdpbw.de/sites/default/files/resolutions/2025-10/0_Landtagswahlprogramm_2026_FDPBW.pdf